Vorstoß zur besseren Kopplung von partizipativer, direkter und parlamentarischer Demokratie

Henning Banthien • Hans-Luidger Dienel

Ob Hamburger Schulreform, Leipziger Stadtwerke oder der ehemalige Berliner Flughafen Tempelhof – immer wieder kommt es zu Interessenkonflikten zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, die in ein Volksbegehren münden. Dabei geht es stets um das große Ganze, um alles oder nichts – mit durchaus folgenreichen Konsequenzen für Politik und Verwaltung. So stimmten etwa die Berliner Wähler/innen am 25. Mai 2014 im Rahmen des »Volksentscheids über den Erhalt des Tempelhofer Feldes« gegen jede mögliche Randbebauung auf dem ehemaligen Stadtflughafen und für die vollständige Erhaltung des Status quo. Damit laufen die bisher eingesetzten Ressourcen der partizipativen Demokratie (Nutzerbeirat, Planungszellen, Jugendbeteiligung etc.) für einzelne Veränderungen am Feld ins Leere.

Es zeigt sich: Finden Bürgerentscheide ohne Einbettung in deliberative Prozesse statt, führen Entscheide häufig zum einen nicht zu der gewünschten Klärung und Befriedung einer Debatte, zum anderen droht sogar noch mehr »Frust« in der Bürgerschaft zu entstehen, weil Beteiligung zwar punktuell stattfand, man nun aber erkennen muss, dass die Ergebnisse aus den Dialogverfahren keine Relevanz im Entscheid hatten.

Verallgemeinert gesprochen, funktioniert die Zusammenarbeit der direkten, partizipativen und parlamentarischen Demokratie nicht optimal. Diese drei Werkzeuge und Formen der Demokratie sollten sich gegenseitig stützen und ergänzen und das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Demokratie insgesamt stärken. Dafür benötigt es aber institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit der drei Instrumente.

Die den Volksentscheiden vorangehenden öffentlichen Debatten sind meist von großer Emotionalität geprägt. Die Parteien stehen sich häufig unversöhnlich gegenüber, ein sachlicher Austausch über die Fakten und Daten findet kaum statt. Die zur Abstimmung aufgerufenen Wählerinnen und Wähler können zwar im Internet und einem mit den Wahlunterlagen versendeten Infoheft die Argumente der Initiativen des Volksbegehrens und des Abgeordnetenhauses nachlesen, doch eine übergeordnete, gar gemeinsame Plattform, auf der Information gebündelt und das Für und Wider miteinander abgewogen werden kann, gibt es nicht. Auch die mediale Berichterstattung trägt kaum zu einer sachlichen Meinungsbildung bei. Kurz: Die Zusammenarbeit von parlamentarischer Demokratie, partizipativer Demokratie und direkter Demokratie ist noch defizitär. Es fehlt an einer Praxis und Kultur des Dialogs bzw. der Kooperation von Partizipation, Administration und direkter Demokratie.

Genau hier setzen unsere Überlegungen an, die in Gesprächen zwischen dem Berliner nexus Institut, dem Verein Mehr Demokratie e. V. und dem IFOK Institut entstanden sind. In einem von Partizipation, Deliberation und direkter Demokratie getragenen Dialog soll modell- und beispielhaft gezeigt werden, wie deliberative Formen der Bürgerbeteiligung im Vorfeld eines Bürger- oder Volksentscheids eingesetzt werden und damit den Bürger- oder Volksentscheid sachorientiert unterstützen können. Genauer gesagt, geht es um die Nutzung der Zwischenphase zwischen Bürger-/Volksbegehren und -entscheid für die Deliberation, z. B. in der deliberativen Zusammenstellung eines Infoheftes, das in vielen Bundesländern an alle Wahlberechtigten eines Volksentscheids versandt wird. Bisher enthielt dieses Heft »Wahlaufrufe«, zukünftig könnte es eine Bewertung der zur Abstimmung stehenden Positionen enthalten.

Für eine erfolgreiche Umsetzung solcher »faktenbasierter« Bürger- bzw. Volksentscheide ist das koordinierte Zusammenspiel von partizipativer bzw. deliberativer Demokratie (Bürgerbeteiligung), Verwaltung und direkter Demokratie erfolgsentscheidend. Es gewährleistet einerseits einen transparenten Prozess und andererseits die Anschlussfähigkeit der Ergebnisse. Die Bereitschaft, gemeinsam neue Wege in der Umsetzung von Volksbegehren zu gehen, haben die Berliner Vertreterinnen und Vertreter der partizipativen und direkten Demokratie bereits signalisiert. In der Märzausgabe des eNewsletters des Netzwerks Bürgerbeteiligung werden wir uns mit einem grundlegenderen Text zum Thema zu Wort melden: Hans-Liudger Dienel und Henning Banthien.

Autoren

Henning Banthien gehört seit 1996 zu IFOK, wo er seit 1999 das Berliner Büro leitet. Im März 2004 wurde er Mitglied der Geschäftsleitung, seit 2009 ist er geschäftsführender Gesellschafter der IFOK GmbH. Die IFOK GmbH ist eine international führende Beratung für Dialog- und Strategieprozesse. Henning Banthien ist stellvertretender Vorsitzender der VDI Richtlinienkommission und Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung.

Kontakt
IFOK GmbH
Reinhardtstraße 58
10117 Berlin
E-Mail: henning.banthien@ifok.de
Website: www.ifok.de

Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel, geb. 1961, leitet das Fachgebiet Arbeit und Technik an der TU Berlin (www.technik.tu-berlin.de) und zugleich das nexus Institut für Kooperationsmanagement in Berlin (www.nexusinstitut.de) mit der Akademie für partizipative Methoden (www.partizipative-methoden.de). Zuvor war er wissenschaftlicher Geschäftsführer des Zentrum Technik und Gesellschaft, ein Zentralinstitut der TU Berlin (www.ztg.tu-berlin.de). Dienel arbeitet in der angewandten Forschung an der Entwicklung und Verbesserung von Verfahren für Kooperation und Partizipation in unterschiedlichen Kontexten: von der Bürgerbeteiligung bis zur partizipativen Produktentwicklung. Er ist Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung.

Kontakt
Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel
Technische Universität Berlin
Fachgebiet Arbeit und Technik
E-Mail: hans-liudger.dienel@tu-berlin.de
Homepages:
www.technik.tu-berlin.de
www.nexusinstitut.de
www.partizipative-methoden.de

Redaktion eNewsletter

Stiftung Mitarbeit
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de